

„Das Alter“ = Kostenfaktor?

In den letzten Jahrzehnten hat sich grundlegendes verändert. Dies betrifft auch die Gewerkschaften. Neben der Tatsache, dass zwischenzeitlich die Lebenserwartung erheblich gestiegen ist, besteht auch die Notwendigkeit, darauf zu reagieren. Während im Jahre 1900 geborene Männer eine durchschnittliche Lebenserwartung von 44,8 (Frauen 48,3) Jahren hatten, wurden 1950 geborene Männer durchschnittlich 64,6 Jahre (Frauen 68,5) Jahre. Und die Kinder, die heute geboren werden, werden im Durchschnitt lt. statistischem Bundesamt 77,7 (Frauen 82,4) Jahre alt.



Anton Wiemers

Für Gewerkschaften bedeutet das, dass sich auch die Aufgaben zur Betreuung ihrer Mitglieder geändert haben, die als Rentnerinnen und Rentner und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger Mitglieder in der Berufsvertretung bleiben. Das haben oder wollen einige immer noch nicht akzeptieren, damit lässt sich auch begründen, warum aus meiner Sicht Senioren in der Gewerkschaftsarbeit nicht immer angemessen berücksichtigt wurden.

Heute, so mein Eindruck, werden die älteren Menschen einerseits von der Wirtschaft als kaufkräftige Zielgruppe gesehen, andererseits von den Renten- und Gesundheitsexperten als nicht mehr bezahlbare Leistungsbezieher beschrieben.

Wenn z.B. der Steuerzahlerbund und Prof. Raffelhüschen dafür „werben“, dass die Pensionen bis 2045 auf 63 % der Bezüge der letzten beiden Dienstjahre sinken müssen, weil die öffentlichen Haushalte sonst die Belastungen nicht mehr aushalten könnten, ist das zu kurz gesprungen und erfordert weiteres Nachdenken.

Das gleiche Argument gilt auch für die Zuzahlungen aus dem Bundeshaushalt von mehr als 80 Milliarden Euro für die Rentenzahlungen.

Haben pensionierte Staatsdiener es

wirklich verdient, ausschließlich als ein Kostenfaktor betrachtet zu werden?

Vorab: Beamtinnen und Beamte verfügen über eine hohe Qualifikation. Sie haben in einigen Bereichen im Jahr eine bis zu 12 Prozent längere Arbeitszeit als Beschäftigte in einigen Branchen der privaten Wirtschaft. Die Beamtenversorgung ist ein bifunktionales Versorgungssystem gem. Art. 33 GG. Seit 1957 wurden die Bezüge der Beamtinnen und Beamten pauschal um 7 Prozent gekürzt. Diese Mittel sollten zum Aufbau einer Versorgungsrücklage genutzt werden (7 % entsprachen der Hälfte des damaligen Beitrages zur gesetzlichen Rentenversicherung).

Die Wahrheit ist jedoch: Bund und Länder haben es unterlassen, tatsächlich diese Rücklagen zu bilden.

Das ist die eine Seite der auf Dauer „nicht mehr bezahlbaren Altersversorgung“.

Die Kehrseite der Medaille ist: Rentnerinnen und Rentner, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger geben ihre Renten und Pensionen aus. Sie investieren somit quasi in unsere Volkswirtschaft. Sie kurbeln die Binnenkonjunktur an und: Die Pensionäre bezahlen auch Steuern. Steuern, die in die Haushalte des Bundes und der Länder fließen. Sie finanzieren damit auch stattlich staatliche Leistungen.

Eines kommt noch hinzu: Im Ehrenamt leisten Senioren wichtige soziale Dienste, die weder kapitalisiert noch im Einzelnen betriebswirtschaftlich dargestellt werden können. Die betriebswirtschaftliche Berechnung eines Menschen, der im Hospiz sterbenskranken Menschen gelegentlich die Hand hält, ein Buch vorliest oder nur da ist, könnte sich der Staat heute gar nicht leisten.

Wenn der Steuerzahlerbund über die Versorgungslasten klagt, sollte er dies in seine Berechnungen mit einbeziehen. Man spricht gegebenenfalls auch von einer Re-Finanzierung. Das wird natürlich verschwiegen, weil die Versorgungs-„Kosten“ dann netto geringer sind. Und es wäre psychologisch schwieriger, Kürzungen durchzusetzen.

Wenn dann noch von Interessierten be-

klagt wird, dass aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung die Altersversorgung (man spricht gern von Versorgungslasten = Alter wird zur Last!) von der öffentlichen Hand nicht mehr zu leisten ist, dann weise ich auf folgendes hin:

In Deutschland leben 130 Milliarden, 800.000 Vermögensmillionäre, die 60 % des privaten Vermögens besitzen, 14.000 Einkommensmillionäre, mit einem Jahresdurchschnitt von 2,7 Mio. Euro.

In Deutschland wird z.B. bei einem Spitzensteuersatz von 42 % faktisch nur 35 % gezahlt, die Privatwirtschaft jährlich mit ca. 10 Mrd. Euro subventioniert und ein Viertel aller Einkommen aus Besitz und Vermögen generiert.

Polizeilicherseits ist bekannt, dass weniger als 2 % der Kriminalität Wirtschaftsdelikte sind, die 60 % des Gesamtschadens durch Kriminalität verursachen (ca. 325 Mrd. Euro pro Jahr – allein Steuerhinterziehung wird auf 100 Mrd. pro Jahr geschätzt), dass Wirtschaftskriminelle kaum verfolgt werden, dass Wirtschaftskriminelle milde bestraft werden.

Was ist nötig? Erstens muss eine Justiz personell so ausgestattet werden, dass sie effektiver und effizienter arbeiten kann. Zweitens müssen in den Finanzämtern ausreichend Finanz- und Steuerfachleute eingesetzt werden, die mehr als nur die ca. 15 % der Einkommensmillionäre jährlich prüfen. Drittens müssen die Polizeien des Bundes und der Länder personell so ausgestattet sein, damit sie dauerhaft in der Lage sind, den sozialen Frieden zu sichern. Derzeit erleben wir in Deutschland ja die aktuelle Debatte in der Integrationspolitik, die uns zeigt, in welche Richtung es gehen kann.

Der Bundesseniorenkongress 2010 hatte das Motto: „Senioren übernehmen Verantwortung.“ Ja, auch wir haben Verantwortung, die Verantwortung für unsere Zukunft sowie die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Lasst uns mithelfen, dass es besser wird. Nicht ohne uns, sondern mit uns.

Anton Wiemers,
Bundesseniorenvorsitzender



Betreutes Wohnen – nicht nur für Senioren

Das „Aktivprogramm Senioren“ (APS), das aufgrund eines Beschlusses des Bundeskongresses 2002 vom Bundesvorstand der Senioren entwickelt worden war, wurde durch einen Beschluss des Kongresses 2006 um das Thema „Betreutes Wohnen“ erweitert. Dazu sollte Kontakt mit dem Bundeswehrverband aufgenommen werden, der dieses Thema ebenfalls auf seine Fahnen geschrieben hatte, erklärte Klaus Kulick, Vorsitzender der Berliner GdP-Senioren beim Multiplikatorenseminar (29./30.3.2010) im „Waldhotel Prieros“. Man sei dabei allerdings schnell an Grenzen gestoßen, auch beim Bundeswehr-Verband, weil die Idee, eventuell freie Liegenschaften des Bundes oder der Länder zu nutzen, nicht zu verwirklichen war.



Aus allen Bundesländern waren Vertreter der GdP-Senioren (unser Bild) zum Multiplikatorenseminar „Betreutes Wohnen“ nach Prieros in der Nähe von Berlin gekommen. Foto: nw

Das Thema war einfach zu komplex und juristisch undurchsichtig. Die Palette dessen, was „Betreutes Wohnen“ (auch „Service Wohnen“ genannt) umfasste, war weder landes- noch bundesspezifisch abzudecken. In Großstädten ist es anders als auf dem Land. Deshalb stellte sich die Frage, wie man das Thema angehen könnte, getreu dem Motto „Weniger kann mehr sein“. Im Mittelpunkt unserer Arbeit sollten die Mitglieder stehen, so Klaus Kulick. „Denen wollen wir im Bedarfsfall Hilfe und Unterstützung bei der Suche nach bedarfsgerechten und würdigen Wohnformen für ein seniorenrechtliches Wohnen anbieten“. Unter dem Begriff „Betreutes Wohnen“ ist mehr zu verstehen als ein Pflegeheim. Diese Wohnform dürfe aber nicht nur auf barrierefreies und altersgerechtes Wohnen mit Betreuungsservice reduziert werden. Es komme vielmehr darauf an, dass im Falle eintretender Pflegebedürftigkeit diese Pflege auch vor Ort geleistet werden könne. Einem Hilfsbedürftigen müsse der Umzug erspart bleiben. Es gebe ausreichend Häuser, die „Betreutes Wohnen“ und Pflege anböten, wo man sich einzelne Serviceteile

(z.B. Verpflegung, Wäsche waschen) dazu kaufen könne. Das gelte vor allen Dingen für Paare, die sich auch dann noch zu gemeinsamen Aktivitäten treffen könnten, wenn eine Person pflegebedürftig sei.

Erkundigungen vor Ort einholen

Eine gesetzliche Grundlage für den Begriff „Betreutes Wohnen“ gebe es nicht, wohl aber DIN-Normen mit gewissen Qualitätssiegeln der einzelnen Länder. Eine Pflicht zur Zertifizierung bestehe allerdings nicht. Hier werde sowohl von Privaten als auch von sozialen Hilfsorganisationen um Interessenten geworben. Nicht alle Angebote seien aber seriös, erklärte Kulick. Jedes sechste Heim habe schwere Mängel. Empfehlungen der Kreisgruppen, die einmal auf Bundesebene zusammengefasst werden könnten, sollten in Notfällen nur aufgrund eigener Überprüfungen erfolgen. Man solle den Interessenten auch raten, selbst in eine solche Einrichtung zu gehen und sich umzusehen, Fragen zu stellen, um einen eigenen Eindruck zu gewinnen. Das habe die Arbeitsgruppe z.B. in einem

Caritasheim in Berlin gemacht, mit überraschend positivem Ergebnis (wir hatten darüber in der DP berichtet). Pflegeboten für Heime finde man im Internet, u.a. unter www.pflegelotse.de. Hilfe finde sich auch im APS-Programm der GdP. Es gebe ein Gesetz über Pflegestützpunkte und den Pflege-TÜV.

Rechtzeitig nach altersgerechter Wohnung suchen

Wichtig sei, sich rechtzeitig mit diesem Thema zu beschäftigen, nicht erst, wenn ein Pflegefall eingetreten sei. Notwendig sei es, sich zu überlegen, mit welchen körperlichen (geistigen) Einschränkungen in der Zukunft zu rechnen sei. „Service Wohnen“ beginne in einer altersgerechten Wohnung, mit und ohne Anschluss an ein Heim. Die zweite Stufe sei die, wo man einen gewissen Service hinzukaufen könne und die dritte Stufe seien die Pflegeheime. Bei den Kosten helfen die Krankenkasse, die Beihilfestelle, das Pflegegesetz und das Sozialamt. Gut sei es, eine zusätzliche private Pflegeversicherung abzuschließen. Informanten könnten kirchliche und soziale Einrichtungen sein aber auch Architekten- und Handwerkskammern. Wichtig sei, auf Kreis- und/oder Bezirksebene eine/n Seniorenbeauftragte/n zu nominieren und die Namen auf der GdP-Homepage bekannt zu geben. Die GdP sei Transporteur von Informationen, ohne rechtliche Verpflichtung. Notwendig sei es, auf Landesebene in Seminaren weitere Multiplikatoren heranzubilden, die sich mit den Grundlagen dieses Themas vertraut machen müssten.

Man könne dieses Thema auch in ein Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ einbauen, um direkt mit „Betroffenen“ zu reden. Beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin, könne man eine Broschüre bestellen mit dem Titel „Auf der Suche nach der passenden Wohn- und Betreuungsform“.

Klaus Kulick gab an den beiden Tagen in Prieros zahlreiche Hinweise, was zu beachten sei, welche Fragen man stellen müsse, z.B.: Gibt es Freizeitangebote, Vorlesen für Sehbehinderte, Bewegungsspiele, Theaterbesuche und einiges andere mehr. Alles was in dem Multiplikatorenseminar behandelt wurde, kann hier nicht wiedergegeben werden. Der Artikel soll die Landes seniorenvorstände, die Seniorenvertreter in den Kreisgruppen wach rütteln, sie für dieses Thema sensibilisieren. Die Zahl der Senioren in der GdP wächst, ebenfalls die Zahl derjenigen, die der Hilfe bedürfen. Wir alle, nicht nur die Senioren, sollten uns dieser Mitglieder annehmen.

Norbert Weinbach

